



Heidenheim

Resolution

Erhalt des Bildungszeitgesetzes in Baden-Württemberg!

Resolution der Delegiertenversammlung der IG Metall Heidenheim

Seit vielen Jahren wird von der Deutschen Industrie, auch in Baden-Württemberg, der drohende Fachkräftemangel lautstark beklagt. Alle Beschäftigten werden zum „lebenslangen Lernen“ aufgefordert, und sich somit auf die Anforderungen der zukünftigen Arbeitswelt einzustellen. So nachzulesen im Koalitionsvertrags Bündnis 90-Die Grünen und der CDU Baden-Württemberg.

Auch wird zu Recht beklagt, dass rechtsradikale, antidemokratische und rassistische Einstellungen zunehmen. So forderte Bundespräsident Gauck in seiner Rede am 18. Januar 2017 mit Nachdruck alle auf, sich für unsere freiheitliche Demokratie zu engagieren und sie zu verteidigen.

Das Bildungszeitgesetz Baden-Württemberg hat nach Jahrzehnten endlich einen gesetzlichen Rahmen geschaffen mit dem Arbeitgeber Weiterbildung von ihren Beschäftigten fördern können.

Das Bildungszeitgesetz hat vor allem dazu beigetragen, dass viele Beschäftigte erstmals die Möglichkeit hatten an Schulungen zur Politischen Bildung teilzunehmen. Politische Bildung schafft die Grundlagen dazu, dass sich die Einzelnen bei politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entscheidungen einbringen, sie stärkt die grundlegenden Werte einer demokratischen und sozialen Gesellschaft.

Damit trägt das Bildungszeitgesetz Baden-Württemberg einen wichtigen Teil zur Umsetzung des Koalitionsvertrages bei. Siehe Seite 118 ff. des Koalitionsvertrags Bündnis 90-Die Grünen und der CDU Baden-Württemberg.

Das Bildungszeitgesetz hat für die IG Metall Heidenheim, trotz Behinderungen, wie ungerechtfertigte Ablehnungen des Anspruchs durch Arbeitgeber, schon Erfolge gezeigt. Seit der Einführung konnten wir zahlreiche Beschäftigte schulen und haben somit unseren Teil zur „...Verteidigung der Demokratie...“ durch politische Bildung beigetragen.

Nach Meinung einiger Regierungsmitglieder von Schwarz-Grün soll aber Politische Bildung und allgemeine Bildung für das Ehrenamt wieder zum reinen „Privatvergnügen“ des Einzelnen werden. Dies steht ebenfalls im Widerspruch zum Koalitionsvertrag (Seite 129).

Hier steht, dass Ehrenamtliche wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgaben übernehmen sollen. Die dafür notwendige Bildung und Qualifizierung wird aber in Frage gestellt.

Auf der einen Seite den Verfall demokratischer Sitten beklagen, auf der anderen Seite politische Bildung abschaffen?

Auf der einen Seite den britischen Arbeitern vorhalten, dass sie angeblich nicht begriffen haben, was der Brexit für sie bedeutet, auf der anderen Seite verhindern, dass durch politische Bildung auch bessere Kenntnisse über die Funktionsweise unserer Wirtschaft vermittelt werden?

Auf der einen Seite im Koalitionsvertrag die Arbeit der Ehrenamtlichen als „unverzichtbar, beispielhaft und wirkungsvoll“ loben, auf der anderen Seite den Feuerwehrleuten, Sanitätern, Landfrauen, Sportlern, Gewerkschaftern, Flüchtlingshelfern und vielen anderen notwendige Bildung wieder erschweren?

Bildung ist nicht auf einen Kostenfaktor in der Bilanz zu reduzieren. Bildung macht unsere Demokratie stark, unsere Arbeit produktiv und unsere soziale Gesellschaft zukunftsfähig. **Bildung schafft Chancen. Für jeden Einzelnen. Für alle!**

Wir fordern daher: Finger weg vom Bildungszeitgesetz. 5 bezahlte Tage im Jahr für allgemeine, politische und berufliche Bildung müssen bleiben!

Giengen, den 28. Juni 2017